



Anfrage Rüttimann Daniel und Mit. über die Videoüberwachung im öffentlichen Raum und die Aktualisierung der Vorgaben aufgrund des technischen Fortschritts

eröffnet am 15. März 2021

Die Gemeinden und die Städte sind sehr interessiert daran, die öffentlichen Anlagen und Plätze für die Bevölkerung bestmöglich zugänglich, sauber, attraktiv und sicher zu gestalten. Dies ist erfahrungsgemäss nicht immer umsetzbar. Gerade an Wochenenden und in den Nachtstunden sind viele Gemeinden zunehmend mit Littering, Sachbeschädigungen und Lärmbelästigungen konfrontiert. Die präventiven Massnahmen sind hierbei unterschiedlich (Plakate, Verbote, Absperrungen u.a.). Einzelne Gemeinden setzen zudem gezielt Kontrollorgane ein (Sicherheits-, Ordnungsdienste). In gewissen Gemeinden kommt auch die Videoüberwachung zum Einsatz.

Im Kanton Luzern bestehen mit dem Gesetz über die Videoüberwachung (SRL Nr. 39) und mit der entsprechenden Verordnung (SRL Nr. 39a) die entsprechenden Grundlagen. Das Gesetz regelt die Überwachung von öffentlich zugänglichen Orten durch Bildübermittlungs- und Bildaufzeichnungsgeräte, einschliesslich der Überwachung durch mobile Geräte bei bestimmten Veranstaltungen (Videoüberwachung). Das Gesetz und die Verordnung stammen aus dem Jahr 2011 und sind seit dem 1. Januar 2012 in Kraft.

In den vergangenen Jahren hat sich nicht nur das Verhalten auf den öffentlichen Plätzen verändert und entwickelt. Auch die technischen Möglichkeiten zur Überwachung und die Digitalisierung allgemein haben im letzten Jahrzehnt grosse Entwicklungen erlebt (z. B. drahtlose Übermittlung, Gerätequalität und -grösse, Drohne u.a.).

Aufgrund dessen bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie sind die Erfahrungen und Erkenntnisse betreffend Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen und Gebäuden sowie von Schulanlagen?
2. Gibt es Zahlen oder Hinweise, wie sich der Einsatz von Videoüberwachung in den letzten Jahren entwickelt beziehungsweise verändert hat?
3. Wie kann die Regierung die Gemeinden diesbezüglich in der Umsetzung unterstützen? Sind aktuelle Merkblätter vorhanden?
4. Gibt es aufgrund der grossen technischen Entwicklung in den letzten Jahren Handlungsbedarf bei gesetzlichen Vorgaben oder bei der Umsetzung?
5. Wo sind diesbezüglich Grenzen durch das Datenschutzgesetz vorhanden?
6. Sind Erfahrungswerte über den Einsatz von Videoüberwachungssystemen bei privaten Personen und privaten Firmen vorhanden?
7. Welche unterstützenden, weiteren Elemente haben sich als Alternative oder als Ergänzung zum Einsatz von Videoüberwachung bewährt?
8. Sind präventiv angelegte Informationen oder Kampagnen angedacht, um die Bevölkerung für das Verhalten und den Umgang im öffentlichen Raum zu sensibilisieren?

Rüttimann Daniel

Lichtsteiner-Achermann Inge

Kaufmann Pius

Frank Reto
Marti Urs
Schnider-Schnider Gabriela
Bernasconi Claudia
Piazza Daniel
Winiger Fredy
Gasser Daniel
Bucher Markus
Schuler Josef
Jung Gerda
Nussbaum Adrian